



## Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

### **Offensive für die Fachkräfteausbildung - Ausbildungsumlage und Prämien für Schülerpraktika jetzt!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Wirtschaft und die öffentliche Daseinsvorsorge stehen vor enormen Herausforderungen, aufgrund des zunehmenden Mangels an Fachkräften und der demografischen Entwicklung. Betriebe und Einrichtungen benötigen immer längere Zeiträume, um offene Stellen zu besetzen. Auch Ausbildungsstellen können nicht vollumfänglich besetzt werden, weil es an geeigneten Bewerber:innen mangelt. Gleichzeitig finden nicht alle Schulabgänger:innen sofort einen Ausbildungsplatz und verweilen länger im sogenannten Übergangssystem. Der Landtag sieht die Notwendigkeit passgenauer Maßnahmen, um die Ausbildungstätigkeit zu erhöhen, qualitativ zu verbessern und die Schulabgänger:innen besser beim Übergang in die Ausbildung und auch währenddessen zu unterstützen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. das Modell des Ausbildungsunterstützungsfonds und der Ausbildungsumlage, welches jüngst in Bremen eingeführt wurde, auch für Sachsen-Anhalt zu überprüfen, um Betriebe bei der Ausbildung finanziell zu unterstützen und Jugendliche an eine passende Ausbildung heranzuführen und während der Ausbildung durch individuelle Hilfsmaßnahmen zu begleiten und zu unterstützen.
2. eine wissenschaftliche Studie zur Umsetzung des Ausbildungsunterstützungsfonds und der Ausbildungsumlage in Sachsen-Anhalt unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Kammern in Auftrag zu geben.

3. eine Praktikumsprämie für Schülerpraktika in den Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufen einzuführen und hierfür die notwendigen Mittel in den Haushalten 2024 ff. einzustellen. Um eine schnellstmögliche Mittelausgabe zu gewährleisten, soll eine Ausweitung der bestehenden Richtlinie für Schülerferienpraktika zur Förderung von Schülerpraktika im Handwerk auf die o. g. Bereiche geprüft und bei einer positiven Bewertung umgesetzt werden.

### **Begründung**

In 2021 wurden laut dem Jahresmonitor Berufsausbildung Sachsen-Anhalt 10.290 neue Ausbildungsverträge nach Berufsbildungsgesetz oder Handwerksordnung geschlossen. Im Bildungsmonitor wird auch festgestellt, dass diese Zahl unter den Werten der letzten zehn Jahre liegt. 2020 lag die Zahl der Neuverträge, sicherlich auch von der Pandemie beeinflusst, unter 10.000. Aber auch wenn man die Jahre davor betrachtet, so ist eine sinkende Tendenz zu beobachten.

Dem Berufsbildungsmonitor ist auch entnehmbar, dass nur etwa 32 Prozent der ausbildungsberechtigten Kleinstbetriebe auch tatsächlich ausbilden. Bei den Kleinbetrieben liegt dieser Wert immerhin bei 69 Prozent, bei den mittleren bei 85 und bei Großbetrieben bei 94 Prozent. Gerade Kleinstbetriebe benötigen Unterstützung bei der Ausbildung aufgrund des personellen Aufwands zur Betreuung von Auszubildenden.

Das Land Bremen hat, um die Situation der Ausbildung in Bremen zu verbessern, einen Ausbildungsunterstützungsfonds eingeführt, der durch eine Ausbildungsumlage finanziert wird. Ziel des Fonds ist es, Jugendliche in der Ausbildung individuell zu unterstützen, zu fördern und gleichzeitig vor allem kleine Betriebe bei der Ausbildung zu entlasten. Die antragstellende Fraktion hält eine solche Unterstützung von Auszubildenden und Betrieben auch in Sachsen-Anhalt für notwendig, um vor allem auch die duale Berufsausbildung zukunftsfest zu gestalten.

Durch die Einführung einer Praktikumsprämie für Schülerpraktika und die Einstellung des Titels im Einzelplan 05 ab dem Haushalt 2024 sollen auch Praktika im Bereich der Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufe, ähnlich wie im Einzelplan 08 für Praktika in Handwerksbetrieben, vergütet werden können. Ziel ist es, frühzeitig Schüler:innen an diese Berufe heranzuführen und mehr Anreize für ein Praktikum in diesen Bereichen zu schaffen. Damit soll die Motivation steigen, eine Ausbildung und schlussendlich eine Erwerbstätigkeit in diesen Bereichen aufzunehmen und somit nachhaltig qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Um die Förderung schnellstmöglich durch eine Richtlinie zu untersetzen, wird eine Prüfung der Erweiterung der bestehenden Förderrichtlinie notwendig.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz